



**Katrin Werner**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Behindertenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE  
Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des  
Europarats

**Berlin**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon 030 227 – 74335

Fax 030 227 – 76337

E-Mail: [katrin.werner@bundestag.de](mailto:katrin.werner@bundestag.de)

Katrin Werner, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

# Grußwort an die BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik



Katrin Werner

Mitglied des Deutschen Bundestages

- 1 -

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

ich begrüße Euch zu Eurer Mitgliederversammlung recht herzlich. Leider ist es mir nicht möglich, persönlich teilzunehmen. Ich freue mich daher in dieser Form ein paar Worte an Euch richten zu können.

Ich möchte mit Euch noch einmal auf das Jahr 2016 zurückblicken, das zwar einerseits zu vielen behindertenpolitischen Katastrophen führte, zeitgleich aber eine der größten behindertenpolitischen Bewegungen der letzten Jahrzehnte hervorbrachte.

Es begann im Frühjahr mit der Debatte um das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG). Durch dessen damals anstehende Novellierung hätte Barrierefreiheit zum Alltag werden können. Doch die Bundesregierung ließ diese Chance ungenutzt. Statt die private Wirtschaft und damit den Bäcker um die Ecke, die Kneipe nebenan, die Arztpraxis oder Apotheke zur Zugänglichkeit auch für Menschen mit Behinderung zu verpflichten, blieb das Gesetz lediglich auf die Bundesbehörden beschränkt. Damit geht es an der Lebensrealität vorbei, denn das Leben spielt sich nun mal nicht in Bundesbehörden ab.

Die Verabschiedung dieses schlechten Gesetzes war der Auslöser für eine breite und starke Protestbewegung, die sich für eine verbesserte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen einsetzte. Mitte Mai ketteten sich Aktivisten und Betroffene über 24 Stunden lang an ein Geländer am Reichstagsufer, um für Barrierefreiheit auch in der Privatwirtschaft zu demonstrieren. Über den Sommer fanden Demonstrationen und Aktionen in ganz Deutschland statt. In Berlin, Hannover, Kiel und vielen weiteren Städten gingen mehrere tausend Menschen auf die Straße. Am 21. September sprangen Menschen mit Behinderungen in die Spree, um darauf hinzuweisen, dass ihre Teilhabe »baden geht«. Nicht zu vergessen, die Aktion am 7. November, in der auf Initiative des SprecherInnenrates ein linkes Bündnis von Menschen mit und ohne Behinderung im Vorfeld der Anhörung zum BTHG Einlass in das ARD-Hauptstadtstudio beehrte.

All die Proteste richteten sich gegen ein Gesetz, das der Deutsche Bundestag im Dezember verabschiedet hat. Als LINKE waren wir dabei. Wir haben die Aktionen unterstützt, die Forderungen der AktivistInnen aufgegriffen und ihren Protest ins Parlament getragen. Dabei haben wir viele fruchtbare Kontakte zur Bewegung geknüpft und die Partei stärker in diesen Zusammenhängen verankert. Diesen Weg möchte ich in Zukunft weiter gehen.

Hätten wir nicht zusammen mit anderen für unsere Rechte gekämpft und einen der größten Abwehrkämpfe der letzten Jahrzehnte geführt, hätte es auch die zahlreichen



Katrin Werner

Mitglied des Deutschen Bundestages

- 2 -

Änderungsanträge in letzter Minute nicht gegeben und das Gesetz wäre noch schlechter als es ohnehin schon ist.

Leider konnten wir dennoch nicht erreichen, dass die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen durch das Bundesteilhabegesetz deutlich verbessert wird. Das Gesetz ermöglicht zum Beispiel weiterhin, Betroffene in Heime zu zwingen, wenn die Kosten für die Unterstützung zu hoch sind und das Sozialamt es für »zumutbar« hält. Es beinhaltet, dass Teilhabeleistungen an mehrere Leistungsberechtigte gemeinsam erbracht werden können (»Pooling«). Menschen mit Behinderungen müssen sich dann beispielsweise eine Assistenz im Bereich Kultur oder hauswirtschaftliche Tätigkeiten teilen und können somit nicht mehr selbstbestimmt über ihre Tagesplanung entscheiden. Möchte einer ins Kino, können die anderen nicht zum Sport. Der größte Knackpunkt werden die unzähligen Rechtsstreitigkeiten aufgrund unsachgemäßer Ermessensentscheidungen sein.

Zwar soll es zukünftig Verbesserungen bei der Anrechnung von Einkommen und Vermögen auf Teilhabeleistungen geben. Eine personenzentrierte und steuerfinanzierte sowie einkommens- und vermögensunabhängige Unterstützung in allen Lebenslagen und -phasen, also auch im Ehrenamt oder im Krankenhaus, wurde jedoch nicht geschaffen, obwohl dies seit Jahrzehnten von Betroffenen gefordert wird. Auch der allgemeine Arbeitsmarkt wird durch diese Gesetzesvorlage nicht wesentlich inklusiver. Die von Betrieben zu erfüllende Beschäftigungsquote wird ebenso wenig erhöht wie die sogenannte Ausgleichsabgabe, die Arbeitgeber bei Unterschreitung der Quote zahlen müssen. Unternehmen werden zukünftig also nicht in stärkerem Maße dazu verpflichtet, mehr Menschen mit Behinderungen zu beschäftigen. Das ist angesichts der seit Jahrzehnten auf hohem Niveau stabilen Zahl behinderter Erwerbsloser nicht nachzuvollziehen.

Der versprochene Paradigmenwechsel, Menschen mit Behinderungen aus der Fürsorge herauszuholen und ein modernes Teilhaberecht zu schaffen, wurde mit diesem Gesetz nicht verwirklicht.

Für uns LINKE gibt deshalb auch in diesem Jahr viel zu tun:

Angefangen bei der kritischen Begleitung der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und des Behindertengleichstellungsgesetzes, über den Wahlrechtsausschluss von Menschen mit Behinderungen und die Sonderwelten im Bildungs- und Arbeitssystem bis hin zum Allgemeinen Gleichstellungsgesetz und der Großen Lösung. All dies stellt uns weiterhin vor große Aufgaben. Der Kampf um selbstbestimmte und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe geht weiter.



Katrin Werner

Mitglied des Deutschen Bundestages

- 3 -

Denn es kann nicht sein, dass die Bundesregierung Ansprüche und Verpflichtungen aus einer Menschenrechtskonvention – der UN-Behindertenrechtskonvention – weiterhin unter Kostenvorbehalte stellt. Es muss endlich darum gehen, dass Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt und gleichberechtigt überall mitmachen können. Persönliche Assistenz muss bedarfsgerecht und einkommens- und vermögensunabhängige in allen Lebenslagen und –phasen gewährleistet werden. Das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Beeinträchtigungen muss bedingungslos umgesetzt werden. Die Arbeitswelt und das Bildungssystem müssen endlich für alle zugänglich werden.

Dafür möchte ich mit Euch im Wahljahr 2017 weiter kämpfen. Gemeinsam können wir als Teil der LINKEN wesentlich zu einer inklusiven Gesellschaft beitragen, in der jeder Mensch egal ob mit Behinderung oder ohne gleichberechtigt leben kann. Dabei können wir an die wieder erstarkte Behindertenbewegung und die Erfolge des vergangenen Jahres anschließen.

Zum Schluss möchte ich Euch gerne für Euer tatkräftiges Engagement und Eure Unterstützung danken. Ich hoffe wir setzen die gute und fruchtbare Zusammenarbeit in diesem Jahr fort.

Ich grüße Euch solidarisch

*Katrin Werner*